

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 888846 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12



## Inhalt

Gert Weisskirchen MdB  
zur Situation im Trans-  
kaukasus: Im Taumel  
des autistischen Chau-  
vinismus.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB  
zur Balkan-Politik der  
Bundesregierung: Ko-  
alitions-Aussagen voller  
Widersprüche

Seite 2

Prof. Hartmut Soell  
MdB zum 40. Todestag  
von Kurt Schumacher:  
Demokratischer Patrio-  
tismus und sozialisti-  
scher Internationalis-  
mus.

Seite 3

Dokumentation:  
Eckpunkte für ein Zu-  
wanderungssteue-  
rungsgesetz wurden  
jetzt von der SPD  
erarbeitet. Das von  
Detlev Samland MdEP  
vorgestellte Papier im  
Wortlaut.

Seite 5

47. Jahrgang / 160

21. August 1992

### Im Taumel des autistischen Chauvinismus

Zur Situation im Transkaukasus

Von Gert Weisskirchen MdB\*

Die chauvinistischen Erdbeben im Transkaukasus bleiben unberechenbar. In Armenien, Aserbeidschan und Georgien reißen die Erschütterungen nicht ab. Versprengte Soldateska und mafiotische Raubritter, Eliten der vergehenden roten Nomenklatur und nationalistische Träumer bilden ein kaum trennbares, hochexplosives Gemisch. Sie kämpfen um das Erbe der untergegangenen Sowjetunion. Die Leitfigur für das Handeln der Akteure bleibt sowjetisch: geprägt von Terror, Täuschung und brutaler Gewalt. Die erdrückende Mehrheit der Menschen zwischen Ararat und Kaukasus leidet darunter. Ihr Schicksal wird zum Spielball im Kampf um die Vorherrschaft. Ihr Leben und die Zukunft ihrer Kinder werden zur Geisel in der Hand von politischen Strömungen, die platitudenhaft von nationaler Verantwortung reden und nur mühsam ihre Machtgier verbergen können.

In Berg-Karabach und Süd-Ossetien, in Abchasien jüngst, wird eine Tragödie sichtbar, deren unaufhaltsam scheinende Motorik Zehntausende von Menschen zum Opfer werden läßt. Angetrieben vom Utopiegedanken der ethnischen Reinheit verlängern die an die Macht gekommenen ihr Spiel, das sie an die Oberfläche gespült hat. Unter dem Vorwand der nationalen Einheit werden die Gefühle der Angst manipulativ umgeleitet, die sich in Jahrzehnten der kommunistischen Unterdrückung aufgestaut haben. Haß wird geschürt und von oben gelenkt auf die nationalen Minderheiten. Weil aber alle nationalen Mehrheiten im Transkaukasus zugleich in jeweils anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nationale Minderheiten sind, droht den Menschen der Region ein jugoslawisches Schicksal.

Armenien, Aserbeidschan und Georgien vergeuden gegenwärtig ihre Kräfte sinnlos im Taumel des autistischen Chauvinismus. Die überbordenden Konflikte der ökonomischen Modernisierung, des Aufbaus eines tragfähigen Netzes der sozialen Sicherung und der tiefgreifenden Demokratisierung bleiben sich selbst überlassen. An ihrer Arbeit könnten sich die Stützpfeiler festigen, die die raschen gesellschaftlichen Veränderungen von innen tragen. Strukturen einer zivilen Gesellschaft hätten große Chancen sich zu entfalten, besonders in Zeiten beschleunigten Umbruchs. Ihre bislang schwach entwickelten Potentiale werden in der Gewalt untergehen, wenn er als einziger Weg aus der Misere vorgetäuscht wird. Verzweifelt wehren sich neu entstehende

\* Der Autor hat kürzlich die Transkaukasus-Region besucht.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Einsatz  
mit umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



Gruppen gegen die scheinbare Unentrinnbarkeit: Bewegungen für Menschenrechte und Minderheiten, für soziale Gerechtigkeit und ökologische Reform streiten für einen grundlegenden friedlichen Wandel. Sie wollen sich lösen aus der gewaltbesetzten Vergangenheit.

Von unten wächst aus den Staaten des Transkaukasus die Kraft, die mit den zum Dialog bereiten Repräsentanten ihrer Regierungen ein Bündnis zur Überwindung militärischer Lösungsversuche eingehen können. Trotz aller Widersprüche stehen dafür Eduard Schewardnadse und neue Bürgerrechtsbewegungen und auch die Sozialdemokratie im Transkaukasus.

Sie warten auf die Unterstützung des europäischen Westens.

(-/21.8.1992/vo-he/rs)

\*\*\*\*\*

**Koalitions-Aussagen voller Widersprüche**  
**Zur Balkan-Politik der Bundesregierung**

**Von Horst Niggemeier MdB**  
**Mitglied des Verteidigungsausschusses**

Es gehört nicht zur politischen Übertreibung, wenn von der SPD behauptet wird, daß sie sich in der Behandlung der Frage, wie das mörderische Treiben der Serbo-Kommunisten in Bosnien Herzegowina beendet werden kann, nicht sehr einig ist.

Die historisch gewachsene Struktur hat sie schon immer damit belastet oder ausgezeichnet - je nach Standpunkt kann man sich die Wertung aussuchen - einen starken pazifistisch orientierten Mitgliederkern bei Ihren politischen Entscheidungen berücksichtigen zu müssen. Der Blauhelm-Beschluß des Bremer Parteitages ist ein typisches Beispiel dafür.

Doch sollten wir Sozialdemokraten nicht zulassen, daß sich die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen sozusagen im Windschatten unserer innerparteilichen Auseinandersetzungen jeder öffentlichen Kritik entziehen. Die widersprüchliche Meinungsvielfalt in der Regierungskoalition über das Balkan-Geschehen ist geradezu entlarvend im Hinblick auf die politische Handlungsunfähigkeit der Koalition in der Jugoslawien-Frage.

Nehmen wir die Beispiele, wie sie der internationalen Öffentlichkeit mit nahezu regelmäßiger Zuverlässigkeit angeboten werden:

- Der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, will die serbischen Flugplätze bombardieren und Waffen an die Bosnier liefern.
- Dagegen hält der Verteidigungsminister und ehemalige CDU-Generalsekretär Volker Rühle überhaupt nichts von einem militärischen Eingreifen internationaler Streitkräfte und setzt mehr auf die Diplomatie, bis jetzt allerdings ohne jeden Erfolg.
- Außenminister Kinkel von der FDP hat mit dem Kollegen Rühle die Entsendung deutscher Marine-Einheiten zur Embargo-Kontrolle in die Adria als unverzichtbar bezeichnet, um den Embargo-Beschlüssen der UNO Nachdruck zu verleihen.
- Der FDP-Guru Genscher, als jahrzehntelanger Außenminister nicht ganz ohne internationalen Durchblick, hat jetzt das flotte Adria-Duo Kinkel/Rühle ("Ein Schiff wird kommen...") in peinliche Verlegenheit gebracht; Genscher grantig: "Das Auf- und Abfahren einiger Schiffe in der Adria ist im Grunde Augenwischerei."
- Zwei Rühle-Zuarbeiter im Generalsrang fertigen umfangreiche Expertisen an, um die Sinnlosigkeit von militärischen Operationen gegen die Mordbuben von Milosevic so wortreich zu begründen, damit ihr Minister auch griffige Argumente in der Diskussion parat hat, während der von der Hardthöhe geschaffte Ex-Staatssekretär Peter Würzbach (CDU) alle serbischen Militärflugplätze und Nachschubwege durch Luftangriffe ausschalten lassen möchte.

- Die CDU/CSU/FDP-Regierung setzt auf das Embargo gegen Serbien, aber sie ist nicht fähig, sich als wohl der potenteste ökonomische Staat in der EG im EG-Ministerrat durchzusetzen, um eine Verschärfung der Embargo-Kontrollen zu erreichen.

Das Handeln und Verhalten der regierenden Kräfte in Bonn ist voller ungereimter Schwächen. Eine klare Linie ist im vielstimmigen Chor des Regierungslagers nicht zu erkennen. Einigen Beobachtern ist aufgefallen, daß der CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble gar nicht erst mitringt, sondern die Ton-Angeber aus CDU/CSU und FDP sich selbst überläßt. Was da in Bonn als Regierungspolitik ausgegeben wird, verdient diesen Namen nicht.

(-/21.8.1992/vö-he/rs)

**Demokratischer Patriotismus und sozialistischer Internationalismus**  
**Zum 40. Todestag von Kurt Schumacher**

**Von Prof. Hartmut Soell MdB**

Es gibt wenige deutsche Politiker in der jüngeren Geschichte, die zu ihren Lebzeiten so ambivalente Gefühle und Reaktionen bei Gegnern, bei neutralen Beobachtern aber auch bei einem Teil ihrer Anhänger erzeugt haben wie Kurt Schumacher. Und es kostet einige Anstrengungen, Persönlichkeiten von vergleichbarem geschichtlichen Rang zu finden, deren Wirken so in Vergessenheit geraten ist wie das Schumachers.

Es bestehen allenfalls vage Erinnerungen an ihn als einen "Nationalisten", "Antikommunisten", einen Mann also, der "West und Ost im Wege stand". Dabei war er weit über die SPD hinaus in den ersten Nachkriegsjahren Anreger, ja Stifter einer neuen demokratischen Identität, die auf Selbstbesinnung, Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung der Deutschen beiderseits der Demarkationslinie ausging.

Der 1895 im westpreußischen Kulm geborene Kaufmannssohn, im Dezember 1914 als Kriegsfreiwilliger schwer verwundet und durch den Verlust des rechten Arms lebenslang gezeichnet, stieß Anfang 1918 zur SPD - zu einem Zeitpunkt also, wo der Verdacht, Konjunkturritter zu sein, schwerlich aufkommen konnte.

1920 wurde er Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht", 1924 Abgeordneter im Stuttgarter Landtag und 1930 Mitglied des Reichstags. Auf all diesen Stationen setzt er sich mit seinem Temperament, seinem Gestaltungswillen aber auch mit seinen polemischen Fähigkeiten für die junge Demokratie von Weimar ein, warb für eine Verständigung mit den westlichen Nachbarn und für eine Friedenspolitik eines gleichberechtigten Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes. Jahre vor der Gründung des Reichsbanners bemühte er sich mit Jungsozialisten wie Erwin Schoettle um eine organisierte und aktive Verteidigung der Republik gegenüber dem Ansturm vor allem ihrer rechten Gegner.

Berühmt wurde seine spontane Erwiderung auf eine Goebbels-Rede im Reichstag am 23. Februar 1932, die in den Sätzen gipfelte: "Das deutsche Volk wird Jahrzehnte brauchen, um wieder moralisch und intellektuell von den Wunden zu gesunden, die ihm diese Art von Agitation geschlagen hat ... Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (Tosender Lärm im ganzen Haus, Bravo- und Pfuirufe. Ordnungsruf für Schumacher, der aber fortfährt).. Wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, daß ihm zum ersten Mal in der Politik die Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist.."

Vor allem mit dieser Rede hatte er sich den glühenden Haß der Nazis zugezogen. Als er im Juli 1933 in Berlin verhaftet wurde, feierte die Nazipresse die Verhaftung "eines der schamlosesten Hetzer" und verlangte eine "Sonderbehandlung". Die wurde ihm in den KZs Heuberg, Kuhberg und Dachau jahrelang zuteil. Als dem Einarmigen eine besonders sinnlose "Arbeit" aufgetragen wurde, weigerte er sich und trat in einen Hungerstreik. Trotz schikanöser Einzelhaft bleibt er nach 28 Tagen Sieger im ungleichen Kampf. Im März 1943 wurde er nach fast zehnjähriger Haft entlassen. Obwohl körperlich ein Wrack - bei 1,80 Meter Körpergröße wog er nur noch 84 Pfund - war er geistig und moralisch ungebrochen.

So überstand er auch eine weitere KZ-Haft im Sommer 1944. Ehe der Krieg ganz zu Ende war, begann er schon im April 1945 in Hannover mit dem Neuaufbau der SPD.

In seinem programmatischen Aufruf vom August 1945 hieß es: "Die Sozialdemokratische Partei richtet sich nach den politischen und sozialen Notwendigkeiten der deutschen arbeitenden Menschen ... Sie ist nicht russisch und nicht britisch, nicht französisch und nicht amerikanisch, sondern die Vertretung des neuen Deutschlands. Das sagt die Sozialdemokratie als bewußt internationale Partei".

Dieses an Jean Jaures und Leon Blum - beide waren in dieser Hinsicht sehr viel stärker die geistigen Ziehväter Schumachers als etwa Lassalle - orientierte Selbstverständnis der SPD als Partei der deutschen Patrioten und der internationalen Sozialisten kollidierte in der Folgezeit immer dann mit der Politik einzelner oder aller Besatzungsmächte, wenn Schumacher davon ausgehen mußte, daß in deren Folge den Deutschen auch langfristig die Gleichberechtigung versagt bleiben würde.

Auf der Sitzung des sozialistischen Informationsbüros (der Vorform der 1951 wiedergegründeten Sozialistischen Internationale) im Juni 1947 in Zürich stellte er nicht ohne Sarkasmus fest: "Wir waren schon sechs Jahre allein in Konzentrationslager, ehe eure freundlichen Gastbesuche kamen, die durch den Hitlerkrieg hervorgerufen worden waren". Die anderen Beteiligten konnten ihm schwerlich widersprechen. Nicht nur, weil Schumacher selbst durch seine körperliche Erscheinung wie durch seine Leidenszeit die These von der Kollektivschuld widerlegte, sondern auch, weil unbestreitbar war, daß die Westeuropäer - ihre sozialistischen Parteien eingeschlossen - trotz zahlreicher Warnungen der Sozialdemokraten in der Emigration vor Hitlers zum Kriege führender Aggressionspolitik, noch im Münchner Abkommen vom Herbst 1938 auf dessen angebliche Friedensbereitschaft hereingefallen waren.

Mit dieser Haltung hat Schumacher vor allem in der ersten Nachkriegszeit Politik und öffentliche Meinung in Westeuropa ein gutes Stück überfordert. Insbesondere kleinere Länder wie Belgien und die Niederlande, die unter der Besatzung durch Hitlerdeutschland lange Jahre gelitten hatten, sahen in der französischen Politik, Deutschland als Ganzes für lange Zeit überhaupt nicht oder wenn, dann nur als Staatenbund widererstehen zu lassen, die Sachwalterin auch ihrer Sicherheitsinteressen.

Dennoch beschränkte sich Schumacher nicht auf Kritik an dieser traditionellen Machtpolitik. In einer der ersten großen Debatten des Bundestages über die Zukunft des Saargebietes im März 1950 machte er den Vorschlag, "eine ökonomische Symbiose zwischen Frankreich und Deutschland" in Gestalt eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu schaffen, der auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Schwerindustrie vorsehen und zum Kern einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden sollte. Zwei Monate später präsentierte der französische Außenminister Schuman den von Jean Monnet entworfenen Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der späteren Montanunion, zugleich ein Modell auch der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Auch in östlicher Himmelsrichtung blieb Schumacher nicht bei einer bloßen Anti-Haltung stehen, obwohl die Stalinsche Machtpolitik wie auch das politische Monopol, das die KPD/SED in der sowjetischen Zone errichtete, jeden konstruktiven Ansatz enorm erschwerte.

Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1947 warnte er nachdrücklich vor der "schlagwortartigen Antithetik von Ost und West" und nannte es eine ungeheure Erleichterung, daß die USA das Angebot der Marshall-Plan-Hilfe an ganz Europa und an Rußland gemacht hatten: "Europa ist mit Rußland möglich, aber Europa und Deutschland sind nicht russisch möglich."

Um den Prozeß des Umdenkens in Moskau zu fördern, sollten den deutschen Kommunisten - deren Existenz als politische Partei Schumachers seit Kriegsende unentwegt für überflüssig erklärt hatte - überall, wo sie bei Wahlen auftraten, Niederlagen beigebracht werden. Damit sollte immer aufs Neue Schumachers These untermauert werden, die KPD habe mit ihrem seit ihrer Gründung 1918 erhobenen Anspruch, sie sei stark genug, die proletarische Diktatur in Deutschland zu errichten, die sowjetische Führung ständig beschwindelt. Hinter solchen Bemerkungen steckte offenbar die Aufforderung, die SPD als den langfristig verlässlicheren Part-

ner anzusehen - immer vorausgesetzt, daß sie als international gleichberechtigte Sprecherin des deutschen Volkes anerkannt würde.

Auch wenn sich die Forderung nach Gleichberechtigung - die das Selbstbestimmungsrecht naturgemäß einschloß - für die Deutschen nur schrittweise durchsetzen ließ, war die Deutlichkeit, mit der sich Schumacher um die existentiellen Grundlagen deutscher Politik im internationalen Feld kümmerte, für seine Nachfolger in der Führung der SPD richtungweisend. Aus einer Partei, die bis dahin in erster Linie auf Erfahrungen und Verdienste in den Bereichen der Kommunal-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik verweisen konnte, wurde so eine Partei, die durch zahlreiche Vorschläge in den Jahren nach Schumachers Tod den Zusammenhang von europäischer Sicherheit und der Lösung der deutschen Frage immer wieder in den internationalen Verhandlungsprozeß einbrachte. Diese Politik war zwar zunächst weder dort noch im Innern - etwa bei Bundestagswahlen - sehr ertragreich. Sie bildete aber die legitime Grundlage für die Ende der sechziger Jahre begonnene Friedens- und Entspannungspolitik.

Daneben bleiben weitere Grundelemente der Politik Schumachers wegweisend. Dafür nur zwei Beispiele. Ohne seinen erfolgreichen Kampf für eine bundesstaatliche Ordnung mit der entsprechenden Finanzausstattung wäre weder die relative Gleichheit der Lebensverhältnisse in der alten Bundesrepublik gewährleistet gewesen noch könnten heute die notwendigen Transfers in die neuen Länder, geschweige denn die internationalen Verpflichtungen geleistet werden.

Von ihm stammt auch die Einsicht, daß in der neubegründeten SPD nicht danach gefragt werden sollte, woher einer der letzten Motive seines politischen Wirkens bezieht; ob die oder der Einzelne von der Bergpredigt oder von Kant oder von Marx ausgeht. Gefragt werden müsse stattdessen, ob und wie sie oder er bereit ist, mitzuwirken an einer vernünftigen, gerechten, menschenwürdigen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dieser Grundgedanke hat Eingang ins Godesberger Programm gefunden. Er bleibt auch in Zukunft unsere Verpflichtung  
(-/21. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Eckpunkte für ein Zuwanderungssteuergesetz

Folgende Eckpunkte für ein Zuwanderungssteuergesetz bilden die Grundlage für eine Bundesratsinitiative der SPD-regierten Bundesländer. Sie wurden am 20. August in Bonn von dem SPD-MDEP Detlev Samland vorgestellt.

1. Grundlage des Gesetzes ist Artikel 73, 3 des Grundgesetzes. Zielsetzung ist die Beschränkung und Steuerung von Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Kernpunkt dieses Gesetzes ist, daß alle diejenigen, die nicht auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und nicht als Bürgerkriegsflüchtlinge kommen, unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen.
2. Um eine Umgehung dieses Gesetzes auszuschließen, muß es vorsehen, daß diejenigen, die einen Asylantrag stellen, von der Zuwanderung nach diesem Gesetz ausgeschlossen sind.
3. Der Antrag auf Zuwanderung muß im Auswanderungsland bei der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt werden. Die Bearbeitung erfolgt bei dem neu zu errichtenden Bundesamt für Migration, in dem auch die übrigen Ämter (Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, zuständige Stellen des Bundesverwaltungsamtes) aufgehen. Die Entscheidung des Bundesamtes ist endgültig. Wer vor Erteilung eines Visas nach positiver Entscheidung bezüglich des Zuwanderungsantrages in die Bundesrepublik einreist, wird sofort abgeschoben und verliert die Möglichkeit einen neuen Antrag zu stellen.

4. Das Bundesamt für Migration bereitet Materialien vor auf deren Grundlage jährliche Gesamtquoten für die legale Zuwanderung definiert werden. Dabei sind besondere Situationen (Bürgerkrieg) und daraus resultierende Kontingentaufnahmen in Anrechnung zu bringen, um die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung nicht zu überfordern. Die Quote wird regionalisiert. Vor Vorlage der jährlichen Daten hört das Amt einen beratenden Beirat, in dem auch Nichtregierungsorganisationen beteiligt sind. Die Entscheidung fällt auf der Grundlage einer Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates.

5. Bei der Festlegung der Quote sind folgende Gesichtspunkte aus der Sicht des Aufnahmelandes zu berücksichtigen:

- Situation des heimischen Arbeitsmarktes
- Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten
- Unterbringungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus ist allerdings auch - speziell bei der Festlegung der regionalen Unterquoten - die besondere Situation von Minderheiten in den Auswanderungsländern zu berücksichtigen. Schließlich ist eine Beziehung zu den Vereinbarungen über Saison- beziehungsweise Werkvertragsarbeitnehmer herzustellen.

6. Der Beurteilung des Auswanderungswilligen sollte unter folgenden Gesichtspunkten stattfinden:

- Berufsausbildung/Berufserfahrung/Qualifizierungsbereitschaft
- Alter
- Zielort in der Bundesrepublik/Verwandte in der BRD
- Sprachkenntnis
- Persönlichkeitsbild

Der Auswanderungswillige muß sich verpflichten in der Bundesrepublik - soweit erforderlich - einen Sprachkurs zu belegen und an Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Diese Verpflichtung gilt als Auflage, die bei Nichterfüllung den Entzug der Genehmigung zur Zuwanderung nach sich zieht.

7. Der Einwanderungsstatus fußt auf der Bereitschaft des Aufnahmelandes zur vollen Integration, die entsprechend den Regelungen des Ausländergesetzes stufenweise erfolgen kann (z.B. Wahlrecht, Staatsbürgerschaft, Arbeits- und Sozialrecht etc.). Die Fragen des Familiennachzugs werden wie im Ausländergesetz geregelt.

8. Aussiedler werden mittelfristig - nach Abschluß des Kriegsfolgegesetzes wie Zuwanderer behandelt.

Auf der Grundlage eines solchen Gesetzes werden Staatsvertragsverhandlungen mit den europäischen Ländern aufgenommen, die sich einer solchen gemeinsamen Regelung anschließen wollen. Dazu sind die Niederlande, Belgien, Österreich aber auch Frankreich bereit. Ziel ist es - über den - Weg des Staatsvertrags (wie z.B. Schengener Abkommen) zu einer einheitlichen Regelung zu gelangen. Die Sozialdemokraten werden auf ihrem Europäischen Kongreß Anfang November in Den Haag einen entsprechenden Vorschlag beraten und verabschieden.

(-/21. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*